



## **Newsletter *Migration und Integration*, Ausgabe 1/2012**

---

Bremen, 31. Januar 2012

Sehr geehrte Damen und Herren, Liebe Freundinnen und Freunde,

mit dieser Ausgabe starten wir unsere Berichterstattung in 2012. Das letzte Jahr ging mit einem großen Verlust in Bremen zu Ende. Am 24. Dezember 2011 verstarb der Künstler, Musiker, Lehrer und Museumspädagoge **Amakoe d'Almeida**. Der in Togo geborene Amakoe d'Almeida initiierte viele Projekte, die der Verständigung der Kulturen dienten. Durch sein Engagement vermittelte er nicht nur zwischen der deutschen und afrikanischen Kultur, sondern auch zwischen Deutschen, Roma und Sinti oder sorgte dafür, dass beispielsweise türkische Kinder die deutsche oder afrikanische Kultur kennenlernen konnten. Wir trauern um Amakoe d'Almeida.

In dieser Ausgabe berichten wir wie gewohnt über die zurückliegende Bürgerschaftswoche sowie über unsere Initiativen aus Bremen und aus dem Bundestag.

Eine gute Lektüre wünschen  
Zahra Mohammadzadeh und Anthea Simon

---

## **Aus der Bremischen Bürgerschaft**

### **Stadtbürgerschaft**

#### **Fahrkarten für Bewohnerinnen und Bewohner der Übergangwohnheime**

Für die Fragestunde hatte Zahra Mohammadzadeh eine Frage zur Fahrkartenvergabe an Flüchtlinge eingereicht. Im Folgenden können Sie die Antwort des Senats nachlesen:

1.) Nach welchem Verfahren erhalten derzeit Bewohnerinnen und Bewohner der ZAST und der Übergangwohnheime Fahrkarten für den öffentlichen Nahverkehr, um beispielsweise zu Arztterminen oder Sprachkursen fahren zu können?

Antwort: Bewohnerinnen und Bewohner der Zentralen Aufnahmestelle für Asylbewerber und Flüchtlinge im Lande Bremen in Habenhausen erhalten Einzelfahrkarten für notwendige Fahrten zu Behörden und Fachärzten. Darüber

[www.gruene-fraktion-bremen.de](http://www.gruene-fraktion-bremen.de)

hinaus stehen für die in der Frage genannten Zwecke übertragbare Monatskarten zur Verfügung.

Etwas anders ist die Praxis in den Übergangwohnheimen der Stadtgemeinde Bremen. Dort werden grundsätzlich keine Einzelfahrkarten ausgegeben. In den weiter abgelegenen Übergangwohnheimen in Huchting und Vegesack stehen jeweils zwei übertragbare Monatskarten zur Verfügung.

2.) Wie bewertet der Senat den Vorschlag, ein Kontingent an übertragbaren Monatskarten in den Wohnheimen vorzuhalten und für entsprechende Fahrten auszugeben?

Antwort: In drei von vier Wohnheimen wird bereits ein kleines Kontingent von übertragbaren Monatskarten vorgehalten. Das vierte Heim liegt so zentral, dass fast alle Behörden, Institutionen und Ärzte zu Fuß erreichbar sind.

Die Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen ist derzeit dabei, das Kontingent an übertragbaren Monatskarten in den Übergangwohnheimen in angemessener Weise zu erhöhen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz erheblich unter den Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch XII liegen und seit 1993 nicht angepasst wurden. Im Gespräch ist derzeit auf Bundesebene eine Angleichung des Asylbewerberleistungsgesetzes an das SGB XII. Sollte es dazu kommen, müsste auch über die Fahrkartenregelung neu entschieden werden.

### **Situation im Stadt- und Ausländeramt**

In der zurückliegenden Bürgerschaftswoche debattierte die Stadtbürgerschaft über die gegenwärtige Situation des Bremer Stadt- und Ausländeramtes. Zuvor war die Ausländerbehörde erneut in den Fokus der öffentlichen Berichterstattung geraten, weil es wieder zu langen Wartezeiten für Betroffene kam oder Kunden sogar nach Hause geschickt worden waren. Dazu sagte der innerpolitische Sprecher Björn Fecker: „Lassen Sie mich zu Beginn gleich klar sagen, dass wir Grünen mit den derzeitigen Bedingungen nicht zufrieden sind und hier auch eine schnelle Abhilfe erwarten. Für uns sind ein Terminmanagement, telefonische Erreichbarkeit und eine zügige Abwicklung von Verwaltungsvorgängen ein Muss - nicht nur in dieser Behörde. Für die derzeitigen Probleme können wir uns als politisch Verantwortliche bei den Betroffenen nur entschuldigen. Wir sind zwar noch nicht wieder bei den langen Schlangen und Zelten, die so mancher CDU-Innensenator zu verantworten hatte, aber ich sage auch deutlich: Wir waren schon mal weiter, als es jetzt der Fall ist.“

Gleichzeitig verwies Björn Fecker auf den Umstand hin, dass mit den gerade bewilligten Mitteln aus dem Programm „Umbau der Verwaltung und Infrastruktur“ ein erster richtiger Schritt getan wurde, um dieser Situation zu begegnen. 500.000 EUR wurden durch die Innendeputation für das neue Terminmanagement bewilligt, 400.000 EUR für neue SB-Terminals im Stadtamt. Insgesamt geht damit allein in das Stadtamt fast eine Million Euro. Dazu erklärt der Innenpolitiker Fecker: „Wenn man auf der einen Seite Personal abbaut, dann muss man auf der anderen Seite auch die Voraussetzungen schaffen, dass das vorhandene Personal die Aufgaben weiter bewältigen kann.“

Die migrationspolitische Sprecherin der Grünen, Zahra Mohammadzadeh, ergänzte daraufhin, dass die Dienstleistung für die Migrantinnen und Migranten kein bloßes

Problem der materiellen Ressourcen sein kann. Sondern es sei auch ein Problem des Umgangs mit Migrantinnen und Migranten. Und zwar eines kundenorientierten menschlichen Umgangs. Die Frage, die sich aus Sicht von Zahra Mohammadzadeh daran anschließt, ist, wie lange es dauern darf, bis eine andere Philosophie Praxis wird? „Wir wollen, dass die rot-grüne Philosophie - nämlich, dass Bremen die Zuwanderung braucht, dass die Gesellschaft der Vielfalt längst Wirklichkeit geworden ist und dass die Akzeptanz dieser Vielfalt eine Selbstverständlichkeit sein muss - endlich in der Verwaltung einkehrt!“

## **Parlamentarische Initiativen**

### **Antrag: Das Wahlrecht erweitern**

Die rot-grüne Koalition unternimmt einen weiteren Anlauf, um das Wahlrecht auch für Nicht-EU-Bürgerinnen und -Bürger zu öffnen. Damit trägt sie der zunehmenden Veränderung der Gesellschaft Rechnung. Allein im Land Bremen lebten im Jahr 2010 rund 80.000 Menschen ohne deutsche Staatsangehörigkeit. Damit waren mehr als 10 Prozent der Bremerinnen und Bremer von der Teilnahme an den Landtagswahlen 2011 ausgeschlossen. Die unabdingbare Voraussetzung der deutschen Staatsbürgerschaft für das Wahlrecht soll deshalb nun auf den Prüfstand gestellt werden. Den Antrag, der die Einsetzung eines nichtständigen Ausschuss „Ausweitung des Wahlrechts“ vorsieht, finden Sie unter:

[http://www.gruene-fraktion-bremen.de/cms/default/dokbin/401/401620.antrag\\_das\\_wahlrecht\\_erweitern.pdf](http://www.gruene-fraktion-bremen.de/cms/default/dokbin/401/401620.antrag_das_wahlrecht_erweitern.pdf)

### **Kleine Anfrage: Berufserlaubnis für ausländische Medizinerinnen/Mediziner und Psychotherapeutinnen/ Psychotherapeuten im Land Bremen**

Eine erfolgreiche medizinische Versorgung von Migrantinnen und Migranten hängt in vielen Fällen auch davon ab, ob die sprachliche und interkulturelle Kommunikation in der Arzt-Patienten-Interaktion funktioniert. Dies gilt insbesondere für solche Erkrankungen, in denen das gegenseitige Verstehen für den Heilungserfolg maßgeblich ist, wie zum Beispiel bei psychische Gesundheitsstörungen. Die grüne Bürgerschaftsfraktion hat deshalb nun eine Kleine Anfrage an den Senat gerichtet, um herauszufinden, wie viele Anträge für Berufserlaubnisse in den letzten Jahren gestellt worden sind und wie mit den defizitären Versorgungsbereichen für Migrantinnen und Migranten verstärkt umgegangen werden kann. Die Kleine Anfrage finden Sie hier:

[http://www.gruene-fraktion-bremen.de/cms/default/dokbin/401/401055.kleine\\_afrage\\_berufserlaubnis\\_fuer\\_ausla.pdf](http://www.gruene-fraktion-bremen.de/cms/default/dokbin/401/401055.kleine_afrage_berufserlaubnis_fuer_ausla.pdf)

## Aus dem Bund

### **Zehn Jahre Guantánamo - Auch EU-Staaten haben Rechnungen offen**

Vor genau zehn Jahren wurde das Gefangenenlager Guantánamo eröffnet. Seitdem ist es zu einem Symbol für Menschenrechtsverletzungen und fragwürdige Vorgehensweisen im "Kampf gegen den Terror" geworden. Der amerikanische Präsident Obama hatte bei seinem Amtsantritt zwar versprochen, Guantánamo innerhalb eines Jahres zu schließen. Doch noch immer sind mehr als 170 Menschen in dem Gefängnis inhaftiert – und spätestens seit dem neuen Anti-Terror-Gesetz, das Obama wohl aus wahltaktischen Erwägungen Ende Dezember unterzeichnete, ist eine Abschaffung des Lagers in weite Ferne gerückt. "Mit dieser Entscheidung macht sich der US-Präsident zutiefst unglaubwürdig", bedauert die Grüne Europaabgeordnete und Vorsitzende des Menschenrechtsausschusses, Barbara Lochbihler, "schließlich hatte er bei seinem Amtsantritt versprochen, das Gefangenenlager so bald wie möglich zu schließen. Auch in Zukunft werden dort also Menschen ohne Anklage und Gerichtsverfahren gefangen gehalten." Doch auch europäische Staaten haben Fehler gemacht, müssen diese nun eingestehen und endlich ihre Konsequenzen ziehen. Lesen Sie weiter unter: <http://www.gruene-europa.de/cms/default/dok/400/400670.htm>

### **Antrag: Das Regime in Syrien international isolieren**

Seit März 2011 finden in Syrien Protestaktionen gegen das Regime statt, zunächst gewaltlos. Unter anderem aufgrund der verhaltenen internationalen Reaktionen entwickelt sich die Situation in Richtung eines Bürgerkrieges. Ein verstärkter Druck zu einer Isolation des Assad-Regimes ist dringend notwendig. Die grüne Bundestagsfraktion fordert nun die Bundesregierung auf den syrischen Nationalrat als legitime Vertretung der syrischen Opposition anzuerkennen und stärker zu unterstützen. Den Antrag dazu finden Sie hier: <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/081/1708132.pdf>

### **Antrag: Für wirksamen Rechtsschutz im Asylverfahren - Konsequenzen aus den Entscheidungen des Gerichtshofs der Europäischen Union und des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte ziehen**

Die Abschiebung in einen EU-Mitgliedstaat, in welchem dem ausgewiesenen Asylbewerber unmenschliche Behandlung droht, ist unzulässig. Das haben der Gerichtshof der Europäischen Union und auch der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte klargestellt. Die Bundestagsfraktion der Grünen fordert daher die deutsche Rechtslage entsprechend den Vorgaben des EuGH und der EMRK anzupassen. Den Antrag finden Sie unter: [http://www.gruene-videos.de/repository/initiativen/Antrag\\_EuGH\\_Rechtsschutz\\_im\\_Asyl\\_F20-12.pdf](http://www.gruene-videos.de/repository/initiativen/Antrag_EuGH_Rechtsschutz_im_Asyl_F20-12.pdf)

## Hinweis

### Freie Plätze für Studienreise nach Istanbul

Die Rolle der Türkei innerhalb des Arabischen Frühlings wird derzeit stark diskutiert: Kann die Türkei als demokratisches Vorbild in der Region dienen? Wie hat sich das Verhältnis zu Europa geändert, angesichts der Machtverschiebungen? Und braucht die neue Wirtschaftsmacht Türkei das arme Europa überhaupt noch? Die Heinrich Böll Stiftung Bremen veranstaltet vom **21. bis 28. April 2012** eine Studienreise nach Istanbul, in der diese und weitere Fragen diskutiert werden. Stadtrundgänge und Gespräche mit Journalisten stehen dabei ebenso auf dem Programm wie der Besuch eines Kulturzentrums, einer Synagoge und der Musikkneipe ARAF, bekannt aus Fatih Akins Film "Crossing the Bridge – The Sound of Istanbul". Ein paar Plätze sind noch frei. Informationen zur Reise erhalten Sie bei der **Heinrich Böll Stiftung Bremen**, [www.boell-bremen.de](http://www.boell-bremen.de), Tel. 0421 - 352368.

## Veranstaltung

### Wo Rechts den Ton angibt: RechtsRock – Musik, Symbolik und Lifestyle

Politik wird an Jugendliche immer häufiger auf dem Weg der Musik und der Alltagskultur vermittelt. Die rechtsextreme Szene hat dies längst begriffen. Sie tritt mit gezielten Angeboten an ein immer jünger werdendes Publikum heran. Eine besondere Rolle in der rechten Szene spielen dabei Bands, die mit meist simpler und aggressiver Musik auf Jugendliche abzielen. Auf der Veranstaltung des Landesverbandes der Grünen und der grünen Bundestagsabgeordneten Marieluise Beck am **Dienstag, den 21. Februar 2012, um 19.30 Uhr** im KIOTO (Lagerhaus Schildstraße) soll umfangreich über die Aktivitäten der rechten Musikszene informiert werden. Die Einladung zu der Veranstaltung finden Sie unter: [www.marieluisebeck.de/home/artikel/article/1/wo-rechts-de.html](http://www.marieluisebeck.de/home/artikel/article/1/wo-rechts-de.html)

### Ansprechpartnerinnen für Nachfragen:



Zahra Mohammadzadeh, integrations- und migrationspolitische Sprecherin  
[zahra.mohammadzadeh@gruene-bremen.de](mailto:zahra.mohammadzadeh@gruene-bremen.de)  
Tel.: (0421) 3011 – 155



Anthrin Simon, Parlamentsreferentin für Migration und Integration  
[anthrin.simon@gruene-bremen.de](mailto:anthrin.simon@gruene-bremen.de)  
Tel.: (0421) 3011 – 238

Für Inhalte externer Links und Publikationen übernimmt die Bürgerschaftsfraktion von *Bündnis 90/DIE GRÜNEN* keine Haftung.

Zum Abmelden des Newsletters führen Sie folgenden URL im Browser aus:  
<http://mail.gruene-mail.de/mailman/listinfo/migration-bremen>

[www.gruene-fraktion-bremen.de](http://www.gruene-fraktion-bremen.de)